

Haushaltskonsolidierung - Nachhaltigkeit und intergenerative Gerechtigkeit

Nachhaltigkeitssatzung in Kombination mit einem Generationenbeitrag

Bei der Nachhaltigkeitssatzung handelt es sich um eine spezielle kommunale Satzungsform, deren Hauptziel die Wiederherstellung und/oder Bewahrung der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune ist.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rat der Stadt Varel über das Instrument der Nachhaltigkeitssatzung ggf. in Kombination mit einem Generationenbeitrag zu informieren.

Die Information sollte zumindest folgende Fragen beantworten:

- Was versteht man unter Nachhaltigkeit im doppelten Haushalt? Welche Grundidee liegt diesem Modell zu Grunde? Was sind die Kernkomponenten der doppelten Kommunalschuldenbremse?
- Wo sind die Grenzen der Schuldenbremse? Wie verhindern wir z.B. die Vernachlässigung baulicher Unterhaltung? Wie stellen wir sicher, dass wir uns nicht „kaputt sparen“?
- Welche Funktionen hat eine Nachhaltigkeitssatzung?
- Was sind die Vor- und Nachteile einer Nachhaltigkeitssatzung?
- Wie könnte eine Nachhaltigkeitssatzung für Varel aussehen (Nachhaltigkeit im Sinne der Bewahrung einer leistungsfähigen Infrastruktur)?
- Kann es ein geeignetes Instrument sein, um eine generationengerechte Finanzpolitik in Varel sicherzustellen? Welche Bedingungen/Voraussetzungen müssen dafür erfüllt werden (Wahrung des Konnexitätsprinzips etc.)?
- Was versteht man unter der Sonderabgabe Generationenbeitrag? Wie kann dieser gestaltet werden? Welche Funktionen hat der Generationenbeitrag? Was ist der zentrale Wirkmechanismus?
- Wird die kommunale Selbstverwaltung durch die Instrumente Nachhaltigkeitssatzung und Generationenbeitrag beeinträchtigt?
- Werden durch einen Generationenbeitrag bestimmte Bevölkerungsgruppen (insbesondere sozial-schwache Bevölkerungsgruppen) benachteiligt?
- Wie sinnvoll ist es in diesem Zusammenhang die Instrumente der Nachhaltigkeitssatzung und Generationenbeitrag um das Instrument Ziel-Budgetsaldo zu erweitern?

Begründung:

Haushalts- und Finanzpolitik muss solide und solidarisch sein. Wir brauchen finanzielle Freiräume, um langfristig politische Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir sollten uns mit neuen finanzpolitischen Steuerungsinstrumenten kritisch auseinandersetzen und diese ggf. an unsere örtlichen Begebenheiten anpassen, um die Neuverschuldung zu begrenzen und Spielräume für Investitionen in Bildung, Kultur, zukunftsfähige Wirtschaft, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Aber allein durch Einsparungen wird der städtische Haushalt in Varel nicht auszugleichen sein.

Die politischen Gremien – aber auch die Bürger*innen der Stadt Varel - müssen sich langfristig intensiver als bisher mit der Budgetpolitik, d.h. insbesondere mit der Erhebung und Verwendung von Steuern, Gebühren und Beiträge, auseinandersetzen.

Das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ muss zukünftig in einen größeren Kontext gestellt werden: Wenn Politik und Bürger*innen heute bestimmte Leistungen (= Ressourcenverbrauch) von der Stadt verlangen, müssen sie auch heute ausreichende Erträge (= Ressourcenaufkommen) generieren, um diese Leistungen zu finanzieren. In anderen Worten: Für das öffentliche Leistungsniveau, das die heutige Generation *bestellt*, muss sie auch selbst in Form von Abgaben *bezahlen*. Wir brauchen mittelfristig auch eine Diskussion mit unseren Bürger*innen zum Thema *Was ist mir meine Stadt Varel wert?*